

Horst Kahrs

kahrs@rosalux.de

05.09.2016, 01:30

Datenstand: 05.09.2016, 00:55

Wahl zum Landtag von Mecklenburg-Vorpommern am 4. September 2016 Wahlbericht und erste Analyse

Inhalt

1. Das Ergebnis im Überblick	2
2. Eine erste Bewertung.....	3
3. Einzelne Aspekte des Wahlergebnisses	5
4. Auskünfte der Vorwahl- und Wahltagsbefragungen	6
4.1. Vorwahlbefragungen (veröffentlicht vor dem Wahltag)	6
4.2. Wahltagsbefragungen	10
4.2.1. Wer wählte wen?	10
4.2.2. Wahlentscheidende Themen	11
4.3. Allgemeine Stimmungslage	13
4.4. Wählerwanderungen	14
5. Aspekte des sozioökonomischen Rahmens der Wahlentscheidungen	15

1. Das Ergebnis im Überblick

1.1. Verteilung der gültigen Stimmen und Mandate

	SPD	CDU	DIE LINKE	Grüne	AfD	NPD	FDP
Stimmenanteil	30,6%	19,0%	13,2%	4,8%	20,8%	3,0%	3,0%
Veränderung	-5,0%	-4,0%	-5,2%	3,9%	20,8%	-3,0%	0,2%
Mandate	26	16	11	0	18	0	0
Veränderung	-1	-2	-3	-7	18	-5	0

- Die AfD als Gewinnerin der Wahl zieht in den neunten Landtag ein, wird zweitstärkste Kraft, überholt erstmals die Union, verfehlt aber das Ziel, stärkste Partei zu werden. Auch bleibt sie deutlich unter dem Ergebnis in Sachsen-Anhalt.
- Die SPD verliert über 5%punkte, bleibt dank des Ministerpräsidenten aber deutlich stärkste Partei und kann das Land weiterregieren.
- DIE LINKE verfehlt nahezu alle Wahlziele, erreicht ihr bisher schlechtestes Ergebnis im Land und stellt künftig die kleinste Fraktion. Sie verlor rund 19.000 Zweitstimmen oder 15,4% ihrer Wähler und Wählerinnen. Allein das Ziel Regierungsbeteiligung wäre rechnerisch trotz der Verluste möglich.
- Ähnlich gebeutelt geht die Union aus den Wahlen hervor. Von der AfD im „Merkelland“ auf Platz drei verwiesen worden zu sein ist eine Niederlage von hoher politischer Symbolkraft.
- Die bisherige Regierungskoalition von SPD und CDU verliert drei Mandate, hat mit 42 Mandaten aber eine komfortable Mehrheit. Auch SPD und LINKE hätten mit zusammen 37 Mandaten eine Mehrheit gegenüber den 34 Mandaten von AfD und Union.

1.2. Wahlbeteiligung und Rückhalt der Parteien

Die Wahlbeteiligung lag mit 61,6% deutlich über den 51,5% der letzten Landtagswahl, aber ähnlich deutlich noch unter der Wahlbeteiligung bei der letzten Bundestagswahl (65,3%) wie bei den drei Landtagswahlen im März. Es ist also unzutreffend, von einem Anstieg der Wahlbeteiligung zu sprechen, ohne dabei den Bezug zur letzten Landtagswahl zu nennen. Da bundespolitische Themen den Wahlkampf stark prägten, war mit einem Anstieg in Richtung Beteiligungsquoten bei Bundestagswahlen zu erwarten. Die Spreizung der Wahlbeteiligung auf Wahlkreisebene betrug etwa 14 Punkte, zwischen der Quote im Wahlkreis Vorpommern-Rügen IV (57,7%) und dem Wahlkreis Rostock III (71,8%).

	Stärke der Parteien unter allen Wahlberechtigten							
	BTW05	LW06	EP09	BTW09	LW11	BTW13	EP14	LW16
CDU	20,7%	16,6%	14,4%	20,5%	11,4%	27,3%	15,6%	11,5%
SPD	22,2%	17,5%	7,4%	10,3%	17,6%	11,4%	9,6%	18,5%
FDP	4,4%	5,5%	3,4%	6,1%	1,4%	1,4%	0,9%	1,8%
GRÜNE	2,8%	2,0%	2,5%	3,4%	4,3%	2,8%	2,3%	2,9%
PDS/LINKE	16,5%	9,7%	10,4%	18,0%	9,1%	13,8%	8,9%	8,0%
AfD						3,6%	3,2%	12,6%
NPD		4,2%			3,0%	1,8%	1,3%	1,8%
Sonstige	3,3%	2,3%	5,4%	3,7%	2,8%	0,8%	2,8%	3,1%

Misst man die Stärke der Parteien nicht an der Summe der gültigen Stimmen, sondern an der Zahl der Wahlberechtigten, erhält man ein realistischeres Bild der Verankerung von Parteien und Politik im Land. Die vergangene Landesregierung wurde von 29% der Wahlberechtigten

gewählt, sollten SPD und Union erneut regieren, würden sie dank der höheren Wahlbeteiligung von 30% der Wahlberechtigten unterstützt.

2. Eine erste Bewertung

- Mecklenburg-Vorpommern ist keine Insel, sondern ein fester Bestandteil der bundesdeutschen Gesellschaft und ihres politischen Systems. Bereits bei der Bundestagswahl 2013 und der Wahl zum Europäischen Parlament 2014 kündigte sich auch hier wie in den anderen Bundesländern der Umbruch im Parteiensystem an. Es gab keinen Anlass, von dieser Landtagswahl eine Trendwende zu erwarten. Das Ergebnis liegt im Trend der vorherigen Wahlausgänge und bestätigt die These, dass das Parteiensystem einen tiefen Umbruch erlebt und eine politische Neuorientierung ganzer Wählerschichten, womöglich sozialer Milieus stattfindet. Es ist davon auszugehen, dass diese Dynamik anhalten wird und die Phase der Neuordnung der Verhältnisse zwischen den Parteien erst noch kommen wird. Jedenfalls wurden mit dieser Wahl alle Hoffnungen enttäuscht, die Erfolgswelle der AfD würde rasch brechen, wenn die Zahl der ankommenden Geflüchteten zurückgehe und die Notunterkünfte nach und nach aufgelöst werden würden.
- Keine der parlamentarischen Parteien konnte bisher eine erfolgreiche Strategie im Umgang mit der AfD entwickeln. Die Gewinne der AfD entsprechen dem Muster anderer Landtagswahlen: Gewinne von allen Parteien, insbesondere auch den Klein-Parteien, Mobilisierung von bisherigen Nichtwählern bei Landtagswahlen durch bundespolitische Themen. Als gescheitert betrachtet werden müssen die in allen Parteien vertretenen Strategien, die Abwanderung von Bürgerinnen und Bürgern durch Aufgreifen der Tonlage, der Wortwahl und der Inhalte der AfD stoppen zu können. Anbiederung und andere Formen des Ähnlichkeitswettbewerbs nutzen nur dem Original.
- Zu den bestätigten Phänomenen dieser Umbruchszeit zählt des Weiteren eine wachsende Orientierung an der regierenden Persönlichkeit. In unübersichtlichen Zeiten zählt das Vertrauen in eine Person umso mehr, zumindest nach einer ersten Regierungsperiode zog die Person in allen vier Wahlen die regierende Partei mit und nicht umgekehrt.
- Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern war erneut eine Landtagswahl, in der bundespolitische Themen, die die Zukunft des ganzen Landes betreffen, dominierten. Entsprechend lag die Wahlbeteiligung auch in Mecklenburg-Vorpommern deutlich über dem Niveau einer normalen Landtagswahl, blieb aber unter dem Niveau von Bundestagswahlen. Ob die AfD also tatsächlich politikferne und notorische Nichtwähler mobilisiert, lässt sich nicht belegen, wohl aber, dass sie bundespolitisch interessierte Bürgerinnen und Bürger, die die letzte Landtagswahl mieden, mobilisiert. Da die anderen Parteien dieses bundespolitische Spielfeld eher mieden und auf Landesthemen orientierten, entstand eine Schieflage zu Gunsten der AfD in einem Teil des Elektors.
- Die Krise der Flüchtlingspolitik, die sowohl durch die hohe Zahl der Geflüchteten im vergangenen Jahr als auch durch Merkels „Wir schaffen das“ und Grenzöffnung angesichts der humanitären Notlage offensichtlich wurde, wirkte wie ein Katalysator, an dem sich eine Vielzahl von Unzufriedenheiten mit der Regierungspolitik entzündeten. Im Kern handelt es sich um Fragen der politisch und gesellschaftlich dominierenden Lebensführungsmodelle und des Status, des Platzes in der gesellschaftlichen Hierarchie, um Fragen also nach der eigenen Bedeutung und dem Stellenwert für Politik und Regierung. Die Zuwanderung, insbesondere die Zuwanderung aus Weltregionen, in denen die islamische Religion dominant ist, radikalisiert, was seit Christian Wulff's »Der Islam gehört zu Deutschland« virulent ist und auf Resonanz hofft: Wohin steuert die Politik dieses Land? Wo ist mein Platz in diesem Land, in der Politik? Nach welchen Regeln funktioniert das Zusammenleben? Spätestens seit dem 11.09.2001 dient „der Islam“ dafür als Projektionsfläche, als äußerer Feind, gegen den die innere Formierung zur Wertegemeinschaft sich richtet. Es wäre aber falsch, allein auf die aufgeworfenen Fragen nach der Zukunft des Landes abzustellen, „Besorgnisse“ und „Ängste“ ernst zu nehmen. Es sind auch – ausdrücklich oder indirekt – Antworten im Spiel. Statt des Merkel'schen „Wir schaffen das“ hätte sie auch sagen können, dass man sich von weinenden

Kinderaugen nicht erpressen lassen könne (so die österreichische Innenministerin) und das dosierte Herzlosigkeit und Brutalität an der Grenze besser sei als undosierte Aufnahmepolitik.¹ Das jedenfalls ist die Konsequenz der AfD-Positionen: die Probleme der Welt, die der Exportweltmeister in Teilen mit verursacht, vom Land durch rigide Abschottung fernhalten, kultureller, nationaler und sozialer Protektionismus gegen die globale Verflechtungen.

- Die AfD nährt sich von allen Parteien. Unter den Anhängern aller Parteien fanden und finden sich Bürger und Bürgerinnen, die die Verteidigung von Etabliertenvorrechten für wichtiger halten als das Grundgesetz, die als demokratisch nur durchgehen lassen, was ihren Wünschen entspricht und die vermeintliches »Parteiengozänk« durch autoritäre Führung ersetzen wollen. Sie wurden angezogen vom neuen politischen Protest-Magneten AfD. Ursache dafür ist nicht allein die Flüchtlingspolitik. Die Flüchtlingspolitik konnte anders als 1991/92 diese Wirkung entfalten, weil mit der AfD bereits an anderen Fragen (Bankenrettungspolitik) eine Partei entstanden war, die sich als politische Sammlungsbewegung anbot. Denn die Frage nach der Zukunft des Landes ist immer auch die Frage nach der Zukunft der eigenen Region, des Dorfes, der Kleinstadt, des Berufes und ob man mit seinen Vorstellungen vom richtigen Leben politische Resonanz erhält.
- Die Umbrüche im Parteiensystem betreffen zu allererst die Union. Mit der AfD beginnt sich eine Partei rechts von ihr zu etablieren. Erstmals wird sie in Mecklenburg-Vorpommern von der AfD überholt und erzielt ihr bisher schlechtestes Ergebnis. Die Hinweise, dass dies ausgerechnet im Stammland der Kanzlerin geschieht, deuten auf harte Auseinandersetzungen um den künftigen Kurs hin, die bevorstehen. Mit der Strategie der asymmetrischen Demobilisierung hat Merkel der SPD den weiteren Weg in der Mitte verbaut, die Besetzung moderner Themen hat aber einen Teil der traditionellen konservativen Wählerschichten entfremdet und politisch entheimatet. Zu erwarten ist, dass die Union am Ende mit einer Wertedebatte den Konservatismus neu beleben wird. Auf jeden Fall scheinen die Zeiten der „alternativen“ „physikalischen Politik“ dem Ende entgegen zu gehen. Nicht zuletzt auch Debatten um die außenpolitische Haltung zu Putin, vor allem Erdogan deuten darauf hin, dass Werte, Haltung, Ideologie und Moral wieder eine größere Rolle in der politischen Kommunikation spielen werden.
- Zu den großen Verlierern des Wahlabends zählt erneut DIE LINKE. Das Ergebnis war mit Abstand das schlechteste bei Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern. Sie stellt zukünftig die kleinste Fraktion im Landtag, wenn es dabei bleibt, dass die Grünen nicht vertreten sind. Das Ergebnis liegt im Trend der vorherigen Wahlergebnisse. Es wird sich trefflich darüber streiten lassen, ob es daran lag, dass die Partei im Wahlkampf zu viel oder zu wenig Landespolitik herausgestellt habe, zu viel oder zu wenig Bundespolitik, Gestaltungswillen oder Protesthaltung. Zusammen mit den SPD-Wählern (21%) nannten die LINKE-Wähler (22%) die Bundespolitik deutlich seltener als wahlentscheidend denn die Wähler anderer Parteien (Spitzenreiter: AfD-Wähler mit 60%). Tatsächlich wäre es vielleicht an der Zeit eine andere Frage zu stellen, eine andere strategische Hypothese zu prüfen: Offensichtlich ist die Partei nicht mehr die erste Adresse für Proteststimmen wie bei den Bundestagswahlen 2005 und 2009. Bereits bei der Wahl 2013 deutet sich an, dass die AfD diese Position einnehmen könnte. Proteststimmen sind Stimmen gegen etwas. Sie suchen sich die Partei, deren Erfolg am meisten Erregung und Aufsehen in den Medien und bei den anderen Parteien verspricht. Parteien, die als Projektionsfläche für verschiedenste Proteststimmen dienen, haben ein bestimmtes Zeitfenster zur Verfügung, um diese Proteststimmen inhaltlich an sich zu binden, aus dem Protest gegen etwas einen „politischen Willen“, ein politisches Anliegen zu formen, politisch den Schritt von Zorn, Verbitterung, Ablehnung zu politischem Handeln für Veränderung erfolgreich zu vollziehen. Gelingt dies nicht, zieht dieser Protest weiter. Insofern wä-

¹ So formulierte zum Jahrestag des Satzes Heribert Prantl die mögliche Alternative. Zum Hintergrund des Satzes hält er fest: „Der kleine Satz war eine Reaktion auf pöbelhafte Beleidigungen gegen die Kanzlerin im sächsischen Heidenau. Er war eine Reaktion auf das Entsetzen vom 27. August, als auf der österreichischen Autobahn A 4 bei Potzneusiedl ein Lastwagen voller Leichen entdeckt wurde. Er war eine Reaktion auf das Massensterben im Mittelmeer.“ Heribert Prantl: „Wir schaffen das“ ist die Aufgabe des 21. Jahrhunderts; in: Süddeutsche Zeitung, 03.09.2016, S. 4.

ren die Wahlergebnisse eine Konsequenz von Versäumnissen und von Scheitern und die Diskussion um die Positionierung im und nach den Umbrüchen im Parteiensystem neu zu stellen.² Helmut Holter führte kurz vor den Wahlen an, man sei gegen die (von der AfD geschaffenen) „Stimmung“ nicht durchgedrungen. Wenn sich Linke gegen rechte Stimmungen nicht behaupten können, ist das Problem womöglich schon mehr als „ernsthaft“ (Dietmar Bartsch).

- Die SPD kann erneut dank des Ansehens eines Ministerpräsidenten eine Landtagswahl trotz Verlusten von über 5% eine Wahl gewinnen. Erwin Sellering kann mit der Union weiterregieren, was von einer Mehrheit der Befragten im Land bevorzugt wird. Dieser relative Erfolg der SPD geht vor allem auf die Landespolitik zurück, zumindest entschied wie bei der Linkspartei nur gut ein Fünftel der Wähler sich aus bundespolitischen Gründen für die SPD. Für die Bundes-SPD bedeutet das lediglich, dass der Parteivorsitzende keine Niederlage zu verantworten hat, denn es gewann wohl mehr die Person als die Partei.
- Die Grünen schaffen erstmals wieder nicht den Sprung in einen Landtag und sind damit nicht mehr in allen Landesparlamenten vertreten. Bundespolitische Weiterungen sind nicht zu erwarten.
- Die FDP bleibt im Nordosten außerparlamentarisch, das ist ein kleiner Rückschlag mit Blick auf die Bundestagswahl. Aber entscheidend für die Aussichten einer Rückkehr der FDP in den Deutschen Bundestag wird die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Frühjahr.
- Die NPD ist nicht mehr im Landtag vertreten. Allerdings ist das weniger ein Erfolg der anderen bisherigen Landtagsparteien, vielmehr hat die Vereinnahmungsstrategie der AfD der NPD die notwendigen Wähler abspenstig gemacht.

3. Einzelne Aspekte des Wahlergebnisses

Die AfD gewinnt in Landkreis Vorpommern-Greifswald drei Direktmandate, die SPD gewinnt hier ein Direktmandat in einem ländlichen Kreis und das Mandat in der Universitätsstadt Greifswald. In der Stadt Greifswald schneidet die AfD unterdurchschnittlich ab, in den umliegenden Landkreisen hingegen sehr deutlich über dem Durchschnitt, z.B. mit 32,3% Zweitstimmen in Greifswald-Vorpommern III.

Die Union gewinnt nur noch sechs Direktmandate. Die Sozialdemokraten gewinnen alle anderen Direktmandate. Blickt man lediglich auf die Direktmandate, hat sich „rot“ nach Osten ausgelehnt.

DIE LINKE erzielt ihre besten Ergebnisse – zwischen 15,3% und 18,8% der Zweitstimmen in den Städten Neubrandenburg, Rostock und Schwerin, ihre schlechtesten Ergebnisse von unter 12% in den Wahlkreisen der Landkreise Rostock, Vorpommern-Rügen, Ludwigslust-Parchim und Nordwestmecklenburg. DIE LINKE erzielt mit landesweit 14,9% Erststimmen ein besseres Ergebnis als bei den Zweitstimmen, kann aber kein einziges Direktmandat gewinnen. Über 20% der Erststimmen und damit in annähernder Konkurrenz um das Mandat kam Thorsten Koplin in Neubrandenburg I (22,7%), Karsten Kolbe in Rostock II (21,6%), Eva-Maria Kröger in Rostock III (20,6%) und Helmut Holter in Schwerin II (21,6%). Gewonnen wurden die Wahlkreise jeweils von einem SPDler.

Die AfD schneidet in Mecklenburg zum Teil deutlich unterdurchschnittlich und schlechter ab als in Vorpommern, in städtischen Wahlkreisen schlechter als in ländlichen (Ausnahme: drei Wahlkreise in Neubrandenburg und Rostock).

² Siehe hierzu auch: [Kahrs Horst 2016 Die LINKE und die enthemmte Mitte](#) und hier: [Kahrs Horst 2016 Von der Linkspartei zur AfD](#) und hier: [2016-03-24 Ka Sozialismus Zäsur Parteiensystem](#)

4. Auskünfte der Vorwahl- und Wahltagsbefragungen

Die Wahl in Mecklenburg-Vorpommern fand am Ende der Sommerferien und des Sommerurlaubs statt. Der Wahlkampf fand in einer Zeit statt, die gemeinhin für anderes als Politik reserviert ist. Das erschwerte den Wahlkämpfern die Suche nach Aufmerksamkeit. Auch die Umfrageinstitute standen vor der Frage, wie repräsentativ und valide die erhobenen Daten zu bewerten sind.

4.1. Vorwahlbefragungen

Die zurückliegenden Wahlergebnisse in Mecklenburg-Vorpommern zeigen ein politisch wenig dynamisches Wahlvolk: Bei nationalen Wahlen lag zuletzt die Union deutlich vor der SPD, bei Landtagswahlen aber die SPD vor der Union. Hier spielt vor allem die Person des Ministerpräsidenten die entscheidende Rolle, nicht so sehr das landespolitische Ansehen seiner Partei. Das spiegelte sich in den Sonntagsfragen wieder. Im Vorfeld des Wahlkampfes schien die Stimmung auf einen Sieg der Union zu deuten, mit Beginn der heißen Wahlkampfphase wurde die Frage, wer das Land regieren soll, wem man die Regierungsgeschäfte anvertrauen könne, wichtiger. Wie bereits bei den Märzwahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz und in Maßen auch in Sachsen-Anhalt, zog das Vertrauen in die Person des Amtsinhabers die angeschlossene Partei in den Umfragen mit nach oben.

Gleichzeitig verlor die Union an Zustimmung, parallel stiegen die Werte für die AfD. Bei den Werten für die Linke scheinen die Umfrageinstitute bereits frühzeitig die bereits bei vorherigen Wahlen stattgefundenen Abwanderung zur AfD eingepreist zu haben (so z.B. Infratest im April).

MV - Landtagswahlen: Entwicklung der Stimmungslage bei Sonntagsfrage und Wahlergebnisse 2011-2016									
Institut	Datum	CDU	SPD	GRÜNE	FDP	LINKE	AfD	NPD	Sonstige
INSA	31.08.2016	20%	28%	6%	2%	15%	23%	2%	4%
FGW	26.08.2016	22%	28%	6%	–	13%	21%	3%	7%
Infratest	25.08.2016	22%	27%	5%	3%	14%	21%	3%	5%
Infratest	18.08.2016	23%	26%	6%	3%	16%	19%	3%	4%
INSA	12.08.2016	23%	24%	6%	3%	19%	19%	3%	3%
Infratest	30.06.2016	25%	22%	7%	3%	17%	19%	4%	3%
Infratest	28.04.2016	24%	22%	8%	4%	16%	18%	4%	4%
INSA	16.02.2016	29%	22%	5%	4%	19%	16%	4%	1%
MSD	21.01.2016	27%	28%	10%	8%	20%	6%	1%	
MSD	15.01.2015	31%	34%	10%	2%	17%	4%	1%	1%
<u>EP14</u>	<u>25.05.2014</u>	<u>34,6%</u>	<u>21,2%</u>	<u>5,1%</u>	<u>1,9%</u>	<u>19,6%</u>	<u>7,0%</u>	<u>3,0%</u>	<u>7,6%</u>
Infratest	07.05.2014	34%	29%	5%	2%	20%	4%	3%	3%
MSD	08.03.2014	32%	33%	6%	2%	19%	2%	1%	5%
<u>BTW13</u>	<u>22.09.2013</u>	<u>42,5%</u>	<u>17,8%</u>	<u>4,3%</u>	<u>2,2%</u>	<u>21,5%</u>	<u>5,6%</u>	<u>2,7%</u>	<u>3,3%</u>
Emnid	14.09.2013	28%	31%	8%	2%	19%	–	5%	7%
Emnid	17.08.2013	28%	32%	8%	2%	20%	–	5%	5%
<u>LTW11</u>	<u>04.09.2011</u>	<u>23,0%</u>	<u>35,6%</u>	<u>8,7%</u>	<u>2,8%</u>	<u>18,4%</u>	<u>–</u>	<u>6,0%</u>	<u>5,6%</u>

MSD = Marktforschungsservice Dukath; unterstrichen: Wahlergebnisse
 Quelle: <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/mecklenburg-vorpommern.htm>

Die Zufriedenheit mit der Landesregierung war stets recht hoch, auch unter den Anhängern der beiden Oppositionsparteien LINKE und Grüne. Sie stieg zum Ende des Wahlkampfes nochmal wieder an, abgeschwächt bei LINKE-Anhängern. Auch die hohen Zustimmungswerte für den Ministerpräsidenten deuten auf das Fehlen einer echten Wechselstimmung hin.

Überraschenderweise wächst unter AfD-Anhängern die Zufriedenheit mit der Landesregierung (35% statt 13% im April) und mehr als ein Drittel spricht sich für den amtierenden Ministerpräsidenten aus. Hierbei könnte es sich um AfD-Wähler handeln, die mit ihrer Stimme keine landespolitischen Ambitionen verbinden, sondern allein ein bundespolitisches Votum abgeben wollen.

		Zufriedenheit mit Landesregierung		Direktwahl Ministerpräsident		
		sehr zufrieden / zufrieden	weniger / gar nicht zufrieden	Sellering	Caffier	keiner von beiden
Gesamt	April	48%	49%			
	Juni	49%	48%	57%	19%	14%
	Mitte August	54%	43%			
	Ende August	62%	34%	60%	13%	15%
nach Parteianhängern						
SPD	April	72%	26%			
	Juni	73%	26%	85%	6%	4%
	Ende August	82%	16%	92%	3%	2%
CDU	April	59%	39%			
	Juni	69%	28%	48%	40%	6%
	Ende August	73%	25%	42%	47%	7%
Grüne	April	40%	59%			
	Juni	53%	46%	60%	15%	5%
	Ende August	77%	23%	73%	5%	10%
LINKE	April	68%	32%			
	Juni	38%	59%	66%	12%	19%
	Ende August	58%	40%	65%	9%	18%
AfD	April	13%	85%			
	Juni	18%	82%	32%	22%	37%
	Ende August	35%	65%	38%	14%	43%

Quelle: Infratest dimap, LänderTrend Mecklenburg-Vorpommern, April, Juni, August I, August II

Eine knappe Mehrheit der Befragten sieht eher zuversichtlich als beunruhigt auf die kommende Zeit. Aber hier zeigt sich eine gesplante Stimmung. In Mecklenburg überwiegt die „Zuversicht“, in Vorpommern die „Beunruhigung“. Zuversicht sind vor allem die Anhänger von SPD und Union, zuletzt auch diejenigen der LINKEN; beunruhigt zunächst diejenigen von Grünen und AfD, zuletzt, Ende August, sahen nur noch die AfD-Anhänger mehrheitlich Anlass zur Beunruhigung. Hier deutet sich in der heißen Wahlkampfphase eine Entmischung, eine Polarisierung der Beunruhigten zur AfD hin an. Gleichwohl: Bei der AfD wuchs auch der Anteil derjenigen, die über die Lage im Land nicht beunruhigt waren – korrespondierend mit der gewachsenen Zufriedenheit mit der Landesregierung. Am Wahltag veröffentlichte Infratest dimap ein Ergebnis, wonach in Mecklenburg-Vorpommern meinten, die Verhältnisse gäben derzeit Anlass zu Zuversicht: 53% und zur Beunruhigung 40%, wohingegen es in ganz Deutschland ein umgekehrtes Ergebnis gab: 38% für Zuversicht, 58% für Beunruhigung.

»Finden Sie, dass die Verhältnisse derzeit in Mecklenburg-Vorpommern eher Anlass zur Zuversicht oder eher Anlass zur Beunruhigung geben?«

		Zuversicht	Beunruhigung
Gesamt	Juni	50%	44%
	Ende August	53%	39%
Mecklenburg	Juni	54%	40%
Vorpommern	Juni	43%	52%
Anhänger von SPD	Juni	66%	29%
	Ende August	63%	31%
CDU	Juni	63%	30%
	Ende August	68%	27%
Linke	Juni	48%	46%
	Ende August	63%	34%
Grüne	Juni	39%	58%
	Ende August	53%	43%
AfD	Juni	30%	69%
	Ende August	35%	58%

Infratest dimap, Ländertrend Mecklenburg-Vorpommern, Juni, Ende August 2016

Wirtschaftliche Lage im Bundesland

	sehr gut / gut	weniger gut / schlecht
Gesamt	50%	48%
<i>Mecklenburg</i>	53%	43%
<i>Vorpommern</i>	44%	55%
Persönliche wirtschaftliche Lage		
Gesamt	73%	26%
<i>Mecklenburg</i>	77%	22%
<i>Vorpommern</i>	66%	33%

Infratest dimap, Ländertrend Mecklenburg-Vorpommern, Juni 2016

Wie beim Blick in die Zukunft, so zeigen sich bei der Bewertung der wirtschaftlichen Lage des Landes und der persönlichen wirtschaftlichen Lage deutliche Unterschiede zwischen den beiden Landesteilen, allerdings überwiegt in beiden Teilen die positive Bewertung der persönlichen wirtschaftlichen Lage. Am Wahltag schließlich wurde die wirtschaftliche Lage von 56% der Befragten als gut eingeschätzt, von 43% als schlecht. In diesen

Zahlen spiegelt sich eine seit 2002 (7% gut, 89% schlecht) von Wahl zu Wahl optimistischere Sicht.

Auf der Basis dieser lässt sich von einer mehrheitlich positiven Grundstimmung auch bezüglich der Arbeit der Landesregierung sprechen, aber auch von einer großen Minderheit, die das möglicherweise vollkommen anders sieht und auch für die Zukunft skeptisch ist.

Zufriedenheit nach Politikbereichen
Infratest dimap, Juni 2016

	sehr zufrieden / zufrieden	weniger / gar nicht zufrieden
Verkehrspolitik	59%	37%
Energiepolitik	53%	42%
Unterbringung/Integration von Flüchtlingen	48%	40%
Wirtschaftspolitik/Wirtschaftsförderung	47%	41%
Bekämpfung der Arbeitslosigkeit	34%	60%
Bekämpfung von Kriminalität und Verbrechen	32%	62%
Schul- und Bildungspolitik	25%	66%

Die Infratest-Befragung im Juni, vor den Sommerferien, zeigte vier Themenbereiche, in denen die Zufriedenheit mit der Politik der Landesregierung überwog, und drei Themenbereiche, in denen die Unzufriedenheit eindeutig überwog: die Bekämpfung von Kriminalität und Verbrechen als klassisches "rechtes" Thema und die Bekämpfung von Arbeits-

losigkeit und die Schul- und Bildungspolitik, die eher als „linke“ Themen betrachtet werden. Zumindest verteilten die Wähler die vermutete „Problemlösungskompetenz“ stärker auf die Parteien links von der Union als bei „Wirtschaft voranbringen“ oder Kriminalität bekämpfen.

Sorgen über die Folgen der Flüchtlingszuwanderung nach Deutschland		
	Gesamt	AfD-Anhänger
Ich habe Sorge, dass...		
der Einfluss des Islam in Deutschland zu stark wird	59%	96%
die Kriminalität ansteigen wird	56%	92%
sich die Art und Weise, wie wir in Deutschland leben, zu stark verändern wird	51%	93%
die Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt größer wird	46%	65%
die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt steigen wird	31%	39%

Infratestdimap, Ländertrend Mecklenburg-Vorpommern, Juni 2016

Trotz zurückgehender Flüchtlingszahlen und Auflösung von Notunterkünften waren im Juni die Sorgen im Zusammenhang mit der Flüchtlingspolitik weit verbreitet. Dabei dominierten die Sorgen bezüglich der etwaigen kultureller Veränderungen, der kulturellen Lebensweise, und bezüglich wachsender Kriminalität. Eine erwartete Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt spielte eine geringere Rolle, am wenigsten Sorgen machte – wohl auch angesichts der geringen Ausländeranteils in Mecklenburg-Vorpommern – die Sorge über etwaige Arbeitsmarktkonkurrenz – überraschenderweise auch unter den AfD-Anhängern. Diese Zahlen lieferten früh eine Bestätigung für vergleichbare Ergebnisse aus den Umfragen zu den Märzahlen: nicht so sehr Fragen der Verknappung sozialer Ressourcen spielen bei den Besorgnissen über die Zuwanderung eine Rolle, es dominieren eindeutig die kulturellen und Sicherheitsorgen, die aus der „Fremdheit“ der Zuwanderer entspringen.

Die Antworten auf die Frage, welche Themen für die Wahlentscheidung wichtig seien, spiegelte Mitte August die zuvor beschriebene Stimmungslage gut wieder: Wichtigstes Thema war ein Thema, was weitgehend nicht in Landeskompetenz fällt, auch beim zweitwichtigsten reicht die Zuständigkeit der Landesregierung nicht weit.

Themen für die Wahlentscheidung (Mehrfachnennung möglich)	
Zuwanderung / Integration / Umgang mit Flüchtlingen	35%
Soziale Gerechtigkeit / Sozialpolitik	27%
Arbeitsmarkt / Arbeitslosigkeit	20%
Wirtschaft	15%
Familienpolitik / Jugendpolitik	13%
Schule und Bildung	12%
Kriminalität / Innere Sicherheit	10%
Energiepolitik / Energiewende	4%
Verkehr / Straßen / Infrastruktur	4%

Infratestdimap, Ländertrend Mecklenburg-Vorpommern, August I, 2016

Die Ansichten über die AfD fallen deutlich polarisierend aus. Eine Mehrheit hält ihre Positionen für nicht mit dem Grundgesetz vereinbar, und mehr als zwei Drittel stimmen nicht zu, dass die AfD näher „an den Sorgen der Bürger als andere Parteien“ sei.

Ansichten zur AfD		
	stimme eher zu	Stimme eher nicht zu
Die AfD distanziert sich nicht genug von rechtsextremen Positionen	69%	23%
Ich finde es gut, dass die AfD den Zuzug von Ausländern und Flüchtlingen stärker begrenzen will als andere Parteien	41%	55%
Die AfD ist näher an den Sorgen der Bürger als andere Parteien	26%	68%

Vereinbarkeit der AfD-Positionen mit dem Grundgesetz	vereinbar	nicht vereinbar
	<i>Gesamt</i>	21%
<i>AfD</i>	75%	9%
<i>CDU</i>	15%	70%
<i>SPD</i>	11%	74%
<i>Linke</i>	11%	74%
<i>Grüne</i>	4%	89%

Infratestdimap, Ländertrend Mecklenburg-Vorpommern, Juni, August I, 2016

Die Polarisierung zwischen der AfD und den anderen Parteien wird hier am deutlichsten an der Grundgesetz-Frage: die Anhänger von CDU, SPD, LINKE und Grünen sind weit mehrheitlich geeint in der Auffassung, dass AfD-Positionen mit dem Grundgesetz nicht vereinbar sind.

4.2. Wahltagsbefragungen

4.2.1. Wer wählte wen?

	"Wer wählte was?" bei Infratest dimap					
	SPD	AfD	CDU	LINKE	Grüne	NPD
Männer	27%	26%	18%	12%	5%	
Frauen	33%	17%	20%	13%	5%	
einfache Bildung	31%	30%	18%	9%	2%	7%
hohe Bildung	30%	16%	20%	14%	9%	1%
nach Tätigkeit (Stimmenanteile unter den wählenden ...)						
Arbeiter	26%	34%	13%	9%	3%	6%
Angestellte	29%	18%	21%	13%	7%	2%
Selbstständige	19%	28%	24%	9%	7%	4%
Rentner	39%	20%	19%	15%	2%	2%
Arbeitslose	21%	30%	13%	14%	5%	10%
Altersgruppen						
18-24	21%	16%	15%	14%	10%	6%
25-34	23%	22%	16%	11%	7%	7%
35-44	24%	25%	20%	10%	6%	4%
45-59	28%	23%	20%	12%	5%	2%
60-69	35%	22%	19%	15%	3%	2%
70 und älter	43%	15%	20%	17%	2%	1%
Erstwähler	21%	13%	16%	14%	11%	5%
60 und älter	38%	19%	19%	15%	2%	1%
Kurzentschlossene	35%	15%	17%	12%		

Die soziodemografischen Daten sprechen die gleiche Sprache wie im März: die AfD ist überdurchschnittlich stark bei Männern, erwerbstätigen Arbeitern und Selbstständigen sowie Arbeitslosen. Je höher die formale Bildung, desto weniger wird AfD gewählt. 40% der an der Wahl teilnehmenden, sich selbst als Arbeiter oder Arbeitslose verortenden Bürger und Bürgerinnen haben AfD oder NPD gewählt.

DIE LINKE ist schwach bei Menschen mit einfacher Bildung, Arbeitern und Selbstständigen und erzielt ein gutes Erstwähler-Ergebnis.

4.2.2. Wahlentscheidende Themen

„Soziale Gerechtigkeit“ war das wichtigste Thema bei der Wahlentscheidung, für Wähler der LINKEN, der SPD und der Grünen stand es an Platz an, bei CDU und AfD an Platz 2. Für die LINKE waren zudem „Wirtschaft und Arbeit“ und „Schule und Bildung“ relevant. Das vierwichtigste Thema für die Wahlentscheidung für DIE LINKE waren die „Flüchtlinge“ (12%). Bei keiner anderen Partei zählten die Flüchtlinge zu den vier wahlentscheidenden Thema, außer selbstverständlich bei der AfD, wo es von 53% knapp häufiger genannt wurde als soziale Gerechtigkeit.

Wahlentscheidende Themen (Infratest dimap)						
	alle	SPD	CDU	LINKE	Grüne	AfD
Soziale Gerechtigkeit	53%	60%	35%	75%	60%	47%
Wirtschaft und Arbeit	44%	52%	68%	32%	20%	26%
Schule / Bildung	22%	26%	20%	29%	26%	
Flüchtlinge	21%			12%		53%
Innere Sicherheit		13%	23%			26%
Umwelt und Energie					57%	

Wahlentscheidend: Bundespolitik	
alle	36%
AfD-Wähler	60%
CDU-Wähler	46%
Grünen-Wähler	41%
LINKE-Wähler	22%
SPD-Wähler	21%

Insgesamt spielte die Landespolitik mit 46% der Befragten eine größere Rolle für die Wahlentscheidung als die Bundespolitik, aber nur dank der Wähler bzw. des Wahlkampfes von SPD und Linkspartei. Bei AfD, CDU und auch Grünen war die Bundespolitik bedeutender für die Entscheidung. Bei der CDU kann darin durchaus ein demonstratives Pro-Merkel-Votum vermutet werden.

Ansichten über die Linkspartei (Infratest)

Ansichten über die Linkspartei		
	Alle	Wähler
"Bemüht sich am stärksten um sozialen Ausgleich"	61%	97%
"Würde wirklich etwas ändern, wenn sie an der Regierung wäre"	36%	80%
"Sieht Flüchtlinge viel zu positiv"	54%	33%
Kompetenzen der Linkspartei	2016	2011
Soziale Gerechtigkeit	25%	22%
Familienpolitik	19%	17%
Bildungspolitik	18%	17%
Angemessene Löhne	17%	21%
Wahlentscheidung erfolgte aus		
Überzeugung von meiner Partei	64%	
Enttäuschung über andere Parteien	30%	

Etwa zwei Drittel der Linkspartei-Wähler gaben an, aus Überzeugung gewählt zu haben, nicht aus Enttäuschung über andere Parteien. Bei der AfD wählte nur ein knappes Viertel aus Überzeugung.

Die Anhänger der AfD unterscheiden sich von den Wählern anderer Parteien in ihrer Einstellung zum Islam bzw. zur „Überfremdung durch den Islam“, durch die Erwartung steigender Kriminalität und zu großer Veränderung der „kulturellen Lebensweise“ im Land, also der Befürchtung, fremd im eigenen Land zu werden. Alle diese Sorgen haben die AfD-Wähler nicht exklusiv für sich, sondern sie werden auch von allen Befragten zu einem durchaus hohen Prozentsatz ge-

teilt. Offensichtlich sind sie aber bei der Mehrheit weniger stark ausgeprägt und nicht (wahl-)entscheidend. Hier wird ein wichtiger Aspekt für die Herausbildung von Strategien gegen die AfD liegen: Wie unterschiedlich gelingt es den Parteien, die in ihren Anhängerschaften vorhandenen potentiellen Schnittmengen („Einfallstoren“) politisch einzubetten und einzuhegen, was gerade voraussetzt, sie nicht ähnlich der AfD anzusprechen. Offensichtlich ist die Burka/Burkini-Debatte ein Versuch in dieser Richtung, der jedoch vor allem von der Nervosität in den Reihen der Regierungsparteien zeugt.

Ansichten über die AfD

	alle	AfD-Wähler
"Versteht besser als andere Parteien, dass sich viele nicht mehr sicher fühlen"	50%	94%
"Finde es gut, dass sie den Zuzug von Ausländern und Flüchtlingen begrenzen will"	45%	100%
"Finde es gut, dass sie die Ausbreitung des Islam in Deutschland verhindern will."	44%	95%
"Wird vor allem gewählt, um ein klares Zeichen gegen die anderen Parteien zu setzen."	75%	
"Spricht klar aus, was andere Parteien nicht offen sagen."		100%
Kompetenzen der AfD		
Kriminalitätsbekämpfung	11%	65%
Sicher leben	10%	66%
Familienpolitik	7%	43%
Soziale Gerechtigkeit	6%	39%
Ansichten zum Thema Flüchtlinge		
"Habe die Sorge, dass der Einfluss des Islam zu stark wird."	62%	96%
"Habe die Sorge, dass die Kriminalität in Deutschland ansteigen wird."	59%	91%
"Habe die Sorge, dass sich die Art, wie wir in Deutschland leben, zu stark verändern wird."	50%	93%
"Habe die Sorge, dass unser Wohlstand bedroht ist."	30%	74%
"Es macht mir Angst, dass so viele Flüchtlinge zu uns gekommen sind."	47%	86%
"Für Flüchtlinge wird mehr getan als für die einheimische Bevölkerung"	46%	83%
AfD-Wähler: Ansichten zum Thema Flüchtlinge		
"Die Sozialausgaben werden zu stark steigen."	97%	
"Der Einfluss des Islam in Deutschland wird zu stark."	96%	
"Die Art und Weise, wie wir hier leben, verändert sich zu stark."	93%	
"Die Kriminalität in Deutschland wird ansteigen."	91%	
"Unser Wohlstand wirds bedroht."	74%	
Wahlentscheidung erfolgte aus		
Überzeugung von meiner Partei	24%	
Enttäuschung von anderen Parteien	67%	

4.3. Angaben zur allgemeinen Stimmungslage am Wahltag

"Wird der Ausgang der Landtagswahl Auswirkungen auf Ihr persönliches Leben haben?"		
Ja	26%	
Nein	72%	
Anlass zur Zuversicht oder zur Beunruhigung?	Zuversicht	Beunruhigung
Alle	53%	40%
SPD-Wähler	74%	23%
CDU-Wähler	61%	31%
LINKE-Wähler	54%	38%
Grünen-Wähler	52%	43%
AfD-Wähler	28%	65%
Fühlen Sie sich als Gewinner oder Verlierer der gesellschaftlichen Entwicklung?		
	Gewinner	Verlierer
Wahl 2002	53%	28%
Wahl 2006	47%	37%
Wahl 2011	50%	33%
Wahl 2016	64%	21%
Persönliche wirtschaftliche Situation	gut	schlecht
	80%	18%
Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland		
	zufrieden	unzufrieden
Wahl 2002	40%	59%
Wahl 2011	39%	61%
Alle 2016	55%	44%
CDU-Wähler	78%	21%
Grünen-Wähler	72%	28%
SPD-Wähler	66%	34%
LINKE-Wähler	47%	52%
AfD-Wähler	23%	76%
Ist der Islam eine Gefahr für Deutschland?		
	Ja	Nein
Alle	50%	43%
AfD-Wähler	75%	18%
SPD-Wähler	50%	43%
CDU-Wähler	44%	48%
LINKE-Wähler	34%	59%
Grünen-Wähler	22%	78%

Folgen zunehmender Globalisierung	Chancen	Risiken
	überwiegen	überwiegen
alle	46%	45%
Grünen-Wähler	59%	37%
CDU-Wähler	55%	39%
SPD-Wähler	44%	46%
LINKE-Wähler	42%	48%
AfD-Wähler	36%	62%

(Infratest dimap)

4.4. Wählerwanderungen

Über die Wählerwanderungen lässt sich in der Wahlnacht nur ein unvollständiges und zum Teil irreführendes Bild zeichnen, weil nur die Wanderungssalden aus Gewinnen und Verlusten zur Verfügung stehen. Die tatsächlichen Wanderungskonten, die die Bewegungen zwischen zwei Parteien oder einer Partei und der Wahlenthaltung abbilden, stehen erst später zur Verfügung. So ist es in der Regel so, dass eine Partei bei jeder Wahl Wähler an die Wahlenthaltung verliert und vormalige Nichtwähler gewinnt. Das Saldo aus beiden Bewegungen verdeckt den tatsächlichen Umfang der Bewegungen. Oder eine Partei verliert an die Partei B 20.000 Stimmen, gewinnt von dieser aber 22.000 Stimmen, so steht im Wanderungssaldo nur der Gewinn von 2.000 Stimmen, während sich tatsächlich 42.000 Personen anders entschieden als bei der Vorwahl.

Zusätzlich irreführend werden die Salden, wenn eine Partei bei der Vorwahl, mit der verglichen wird, noch nicht angetreten ist wie jetzt die AfD. Sie kann von den Nichtwähler nur Stimmen gewinnen, an diese aber keine verlieren. Bei allen anderen Parteien ist das anders. Die Zahl der gewonnenen Nichtwählern verschwindet hinter den Verlust, es werden also zwei unterschiedliche Größen miteinander verglichen. So zeigt sich bei den jüngsten Wahlen im März erst beim Blick auf die Bruttozahlen, dass keineswegs die AfD am stärksten unter vormaligen Nichtwählern mobilisiert hatte, sondern in Baden-Württemberg die Grünen und in Rheinland-Pfalz die SPD und die CDU. Da diese aber vormalige Wähler nicht halten konnten, verdeckt das Saldo aus beiden Bewegungen diese durchaus für die Interpretation relevante Tatsache.

Aus diesen Gründen wird an dieser Stelle auf die Wiedergabe der Wanderungsbilanz verzichtet und auf eine spätere Auswertung verwiesen.

Hingewiesen sei hier nur auf folgende Aspekte:

- Von der höheren Wahlbeteiligung profitieren fast alle Parteien, nicht nur die AfD. Die AfD gewinnt 56.000 ehemalige Nichtwähler. CDU (20.000), SPD (16.000), Andere (15.000) und LINKE (6.000) gewinnen auch im Saldo beider Bewegungsrichtungen bei Nichtwählern, die Grünen verlieren (-1.000).
- Die Wähler der AfD kamen zu 40% von Nichtwählern des Jahres 2011, wobei allerdings völlig offen ist, wie viele von ihnen womöglich bei der Bundestagswahl 2013 oder der Wahl zum europäischen Parlament die AfD bereits einmal gewählt hatten. Den größten Anteil von ehemaligen Wählern verloren die „anderen“ Parteien, darunter die NOPD, an die AfD. Den nächstgrößten Verlust, gemessen am Anteil der Abwanderung zur AfD an Wähler 2011, hatte die LINKE zu verzeichnen.
- DIE LINKE verlor neben den 18.000 Stimmen an die AfD im Saldo beider Bewegungsrichtungen 4.000 Stimmen an die SPD und „andere“, kleine Parteien, sie gewann saldiert 1.000 Stimmen von den Grünen und 6.000 von Nichtwählern.

Herkunft AfD-Wähler		
Nichtwähler	56.000	40%
Andere	23.000	17%
CDU	23.000	17%
LINKE	18.000	13%
SPD	16.000	12%
Grüne	3.000	2%

5. Aspekte des sozioökonomischen Rahmens der Wahlentscheidungen

(1) Mecklenburg-Vorpommern zählt zu den schrumpfenden Regionen Deutschlands. Die Einwohnerzahl sank von 2005 bis 2014 nochmals um rund 110.000 Personen oder knapp 6,5% auf rund 1,6 Millionen. Knapp 25 Jahre zuvor waren es einmal 2 Millionen. Statt 227 Einwohner wie im Bundesdurchschnitt lebten in Mecklenburg-Vorpommern lediglich 69 Einwohner je Quadratkilometer - der mit Abstand niedrigste Wert in Deutschland. Auch bei anderen wirtschaftlichen und sozioökonomischen Indikatoren, mit denen hierzulande der Zustand von Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Einkommen und Armut vermessen wird, liegt Mecklenburg-Vorpommern hinten. Eine ganze Generation ist mittlerweile mit dieser »Botschaft« und den entsprechenden Erfahrungen der Älteren aufgewachsen: Das Land, in dem man lebt, liegt „hinten“ und seit einer Generation ändert sich daran nichts. Gegen dieses „Erfahrungswissen“ richten zarte Kehrtwendungen wie eine jüngst leicht gewachsene Bevölkerungszahl oder zuletzt positive Wirtschaftsdaten nichts aus, zumal letztere deutlich schwächer ausfallen als in anderen Regionen.

(2) Hinzu kommt, dass Mecklenburg-Vorpommern ein sich wirtschaftlich spaltendes Land, ein Land der sozialräumlich ausgeprägten ungleichzeitigen Entwicklung ist. In den letzten 15 Jahren begannen sich traditionelle Verflechtungen von Wirtschaft und Arbeitsmarkt wieder deutlicher bemerkbar zu machen. Im westlichen Teil des Landes, in großen Teilen Mecklenburgs, insbesondere die Landkreise Nordwestmecklenburg und Ludwigslust-Parchim, entstanden die funktionalen Verflechtungen als »Hinterland« zum metropolitenen, mit globalen Wertschöpfungsketten verbundenen Wirtschaftsraum Hamburg neu. Auf der östlichen Seite, in Vorpommern, insbesondere in den Kreisen Vorpommern-Greifswald und Vorpommern Rügen entstanden die Verflechtungen zum polnischen Szczecin nicht und konnten weder durch die Greifswalder Universität noch durch Orientierungen auf Rostock und Warnemünde kompensiert werden. Diese Spaltung in Mecklenburg und Vorpommern drückt sich in der Einschätzung der wirtschaftlichen Situation durch Befragte aus (siehe Abschnitt Vorwahlbefragungen) als auch in statistischen Daten.

Ausgewählte Arbeitsmarktdaten, Berichtsmonat August 2016			
	Arbeitslosenquote	Anteil SGB II	Unterbeschäftigungsquote
Deutschland	6,1%	69,1%	8,0%
Westdeutschland	5,6%	66,8%	7,3%
Baden-Württemberg	3,9%	56,4%	5,1%
Ostdeutschland	8,2%	75,8%	10,9%
Mecklenburg-Vorpommern	9,0%	75,0%	12,1%
Nordwestmecklenburg	7,2%	68,9%	9,6%
Ludwigslust-Parchim	6,6%	68,3%	9,2%
Stadt Schwerin	9,8%	77,7%	14,3%
Mecklenburgische Seenplatte	11,1%	78,7%	14,2%
Stadt Rostock	9,8%	79,3%	12,9%
Landkreis Rostock	7,0%	73,4%	9,2%
Vorpommern-Greifswald	10,5%	74,1%	14,2%
Vorpommern-Rügen	9,6%	74,7%	12,9%

Quelle: <https://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Regionen/Politische-Gebietsstruktur-Nav.html>

(3) Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung³ ist nach der Krise 2008/09 auch in Mecklenburg-Vorpommern gestiegen, doch mit deutlich geringeren Wachstumsraten als im Bundesdurchschnitt oder in Baden-Württemberg.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte			
jeweils Ende Dezember			
	Deutschland	Baden-Württemberg	Mecklenburg-Vorpommern
2000	28.047.154	3.863.982	580.094
2008	27.899.513	3.937.403	519.733
2013	29.884.370	4.224.434	534.046
2015	31.144.510	4.418.541	546.725
2000-2008	-0,5%	1,9%	-10,4%
2008-2013	7,1%	7,3%	2,8%
2008-2015	11,6%	12,2%	5,2%
2013-2015	4,2%	4,6%	2,4%
2000-2015	11,0%	14,4%	-5,8%

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Beschäftigtenstatistik

Während in der gesamten Bundesrepublik die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Ende 2015 um 11% höher lag als Ende 2000, in Baden-Württemberg sogar um 14,4% höher, lag sie in Mecklenburg-Vorpommern um 5,8% unter dem Niveau Ende des Jahres 2000.

Die Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit erfasste Ende Dezember darüber hinaus 88.120 geringfügig Beschäftigte.

(4) Arbeitsvolumen⁴: Während in Deutschland die geleisteten Arbeitsstunden aller Erwerbstätigen im Jahr 2015 um 1,8% höher lagen als 2008, in Berlin als Spitzenreiter des Anstiegs sogar um 7,7%, sank

das Arbeitsvolumen in Mecklenburg-Vorpommern dagegen im gleichen Zeitraum um 5,2%. Insgesamt lag das Arbeitsvolumen aller Erwerbstätigen 2015 um 13% niedriger als im Jahr 2000 (Schlusslicht: Sachsen-Anhalt mit minus 17,1%). Neben den ostdeutschen Flächenländern verzeichnete noch das Saarland einen Rückgang des Arbeitsvolumens über den gesamten Zeitraum von 2000 bis 2015 (-4,7%).

Das Arbeitsvolumen der Arbeitnehmer verringerte von 2008 bis 2015 um 3,5%, im Bundesdurchschnitt stieg es im gleichen Zeitraum um 3,7%, in Berlin um 9,2%. Die durchschnittlich je Arbeitnehmer geleisteten Arbeitsstunden lagen in Mecklenburg-Vorpommern 2000 noch um knapp 10% über dem Bundesdurchschnitt, 2015 nur knapp 5%.

Nicht zuletzt erzwungen durch die Arbeitsmarktreformen wurde der Rückgang des Arbeitsvolumens der Arbeitnehmer durch einen Anstieg bei den Selbstständigen um über 21% etwas kompensiert, doch nach dem Jahr 2008 gingen Zahl und Arbeitsvolumen der selbstständig Erwerbstätigen zurück, die Arbeitsstunden um gut 14%.

(5) Dem rückläufigen Arbeitsvolumen in der Region entspricht ein Rückgang der Erwerbstätigenzahl. Der Vergleich mit Südwestdeutschland und auch Berlin verdeutlicht dabei die negative Entwicklung (siehe Tabelle nächste Seite).

(6) Die Lohnkosten je Arbeitnehmer (Bruttolohn/-gehalt plus Arbeitgeberanteile Sozialversicherung u.a.) näherten sich seit 2000 nur geringfügig dem Bundesdurchschnitt an.

Innerhalb des Landes wurden die Unterschiede zugleich größer. Lag die Spreizung im Jahr 2000 bei 11,2% über dem Landesdurchschnitt in Schwerin und 5,2% unter dem Durchschnitt in Ludwigslust-Parchim (Differenz: 16,5 Punkte), so 2013 bei 14% über dem Durchschnitt in Schwerin und 7,8% unter Durchschnitt im Landkreis Rostock (Differenz 21,8 Punkte). Außer im Landkreis Rostock vergrößerte sich der Abstand zum Landesmittel in den beiden vorpommerischen Kreisen deutlich.

³ Daten der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit.

⁴ Daten des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder (VGRdL) - <http://www.vgrdl.de/VGRdL/> (03.09.2016)

Veränderung der Zahl derErwerbstätigen			...Arbeitnehmer		
	2000-	2008-	2000-	2000-	2008-	2000-
Deutschland	2,4%	3,5%	5,9%	1,2%	4,0%	5,3%
Baden-Württemberg	4,5%	3,4%	8,1%	3,9%	4,0%	8,0%
Berlin	1,9%	7,8%	9,8%	-1,3%	8,4%	6,9%
Mecklenburg-Vorpommern	-2,1%	-2,7%	-4,8%	-5,4%	-1,1%	-6,5%
Rostock, Hansestadt, Kreisfreie Stadt	1,0%	3,9%	4,9%	-1,7%	5,9%	4,1%
Schwerin, Landeshauptstadt, Kreisfreie St.	-4,8%	-3,5%	-8,1%	-7,7%	-1,8%	-9,4%
Mecklenburgische Seenplatte, Landkreis	-7,2%	-5,7%	-12,6%	-10,4%	-4,6%	-14,6%
Landkreis Rostock	-2,5%	0,3%	-2,3%	-6,3%	2,1%	-4,3%
Vorpommern-Rügen, Landkreis	-1,9%	-5,6%	-7,4%	-6,0%	-4,2%	-9,9%
Nordwestmecklenburg, Landkreis	3,2%	-3,6%	-0,5%	-0,4%	-2,1%	-2,5%
Vorpommern-Greifswald, Landkreis	-1,7%	-4,0%	-5,6%	-5,1%	-2,6%	-7,5%
Ludwigslust-Parchim, Landkreis	0,5%	-3,1%	-2,6%	-2,4%	-1,4%	-3,8%

Quelle: VGRdL

Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer, Deutschland = 100			
	2000	2008	2013
Mecklenburg-Vorpommern	74,3	75,1	77,1
Stadt Rostock	81,7	84,5	86,8
Stadt Schwerin	82,6	84,3	87,9
Lk Mecklenburgische Seenplatte	73,3	74,0	76,8
Lk Rostock	71,1	69,5	71,3
Lk Vorpommern-Rügen	70,7	72,4	72,6
Lk Nordwestmecklenburg	73,6	77,5	76,2
Lk Vorpommern-Greifswald	72,4	71,4	73,9
Lk Ludwigslust-Parchim	70,1	68,9	72,1

Quelle: VGRdL

Primäreinkommen der privaten Haushalte je Einwohner			
	2000	2008	2013
Deutschland = 100			
Mecklenburg-Vorpommern	66,8%	70,0%	71,1%
Mecklenburg-Vorpommern = 100			
Stadt Rostock	105,9%	99,7%	95,4%
Stadt Schwerin	113,3%	102,6%	100,1%
Lk Mecklenburgische Seenplatte	97,2%	96,3%	97,7%
Lk Rostock	103,4%	108,0%	109,3%
Lk Vorpommern-Rügen	93,7%	94,5%	95,5%
Lk Nordwestmecklenburg	101,1%	103,8%	102,4%
Lk Vorpommern-Greifswald	91,9%	90,4%	91,6%
Lk Ludwigslust-Parchim	104,8%	109,6%	110,4%

Quelle: VGRdL

(7) Die Primäreinkommen (Markteinkommen) der privaten Haushalte näherten sich von 2000 bis 2013 ebenfalls leicht dem Bundesdurchschnitt an, von 66,8% auf 71,1%. Gleichzeitig ging die Differenzierung innerhalb des Landes leicht zurück, es kam aber zu erheblichen Verschiebungen (vgl. nebenstehende Tabelle)

(8) Die Verfügbaren Einkommen, verkürzt gesagt: die Einkommen nach staatlicher Umverteilung, also einschließlich Sozialleistungen näherten sich statt um 4,3 Punkte wie die Markteinkommen um 3,7 Punkte dem Bundesdurchschnitt an.

Der Vergleich von Arbeitnehmerentgelt, Primäreinkommen und verfügbaren Einkommen zeigt, wie das Umland (Landkreis Rostock) bzw. das Hamburger Hinterland von pendelnden Erwerbstätigen „profitiert“: die im Landkreis erzielten Arbeitnehmerentgelte bleiben unterdurchschnittlich, die Haushaltseinkommen im Landkreis sind vor und nach staatlicher Verteilung aber überdurchschnittlich.

Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner			
	2000	2008	2013
Deutschland = 100			
Mecklenburg-Vorpommern	78,7	81,1	82,4
Mecklenburg-Vorpommern = 100			
Stadt Rostock	104,1	98,9	94,9
Stadt Schwerin	106,9	100,5	98,1
Lk Mecklenburgische Seenplatte	98,6	98,7	99,8
Lk Rostock	99,6	103,8	105,3
Lk Vorpommern-Rügen	98,4	98,9	99,9
Lk Nordwestmecklenburg	99,9	100,6	99,7
Lk Vorpommern-Greifswald	95,9	94,4	95,1
Lk Ludwigslust-Parchim	102,4	105,6	106,5

Quelle: VGRdL

(9) Die berufliche Arbeitsteilung⁵ zwischen den im Land Erwerbstätigen weicht ebenfalls deutlich vom Bundesdurchschnitt ab. 28% der Erwerbstätigen übten 2013 einen un- oder angelernten Beruf aus, im Bundesdurchschnitt nur 25%. Der Anteil der Erwerbstätigen in Fachlehrberufen verringerte sich von 2000 bis 2013 von 38% auf 32%, im Bundesdurchschnitt von knapp 33% auf 28%. Die Bedeutung der Berufe mit halbakademischen oder akademischen Qualifikationsvoraussetzungen erhöhte sich in Mecklenburg-Vorpommern von zusammen knapp 35% auf knapp 40%. Im Bundesdurchschnitt fiel der Anstieg leicht höher aus, um 6 Punkte von 40% auf 46%, wobei hier der Anstieg der Berufe, die ein abgeschlossenes Universitätsstudium als Einstiegsqualifikation verlangen, von 14,6% (2000) auf 19,7% (2013) fast allein den Anstieg ausmachte und sich der Anteil der Berufe mit Fachhochschul- und vergleichbaren Qualifikationen nur leicht erhöhte. In Mecklenburg-Vorpommern stiegen beide Qualifikationsstufen etwa gleich stark an, aber die Berufe mit Hochschulabschluss im Land machten auch 2013 nur unterdurchschnittliche 13,3% aus. Im Vergleich zum bundesdeutschen Durchschnitt fällt die Höherqualifikation der Erwerbstätigen im Land deutlich schwächer aus als im Bundesdurchschnitt. Der Anteil der Facharbeiter und Fachangestellten ist noch deutlich höher, der Anteil der un- und angelernten bleibt wie im Bundesdurchschnitt seit 2000 auf dem gleichen, aber höheren Niveau und der Anteil der hochqualifizierten Arbeitskräfte liegt deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Allerdings: Der Druck auf die Fachlehrberufe, den traditionellen Berufsweg der Lehrberufe und das mehrere Generationen übergreifende prägende Arbeitnehmer-Lebensmodell, ist in Mecklenburg-Vorpommern nicht geringer als andernorts in Deutschland.⁶

(10) Die Verteilung der Erwerbseinkommen⁷ der Vollzeitbeschäftigten auf die fünf Einkommensklassen nach Groh-Samberg in Relation zum durchschnittlichen Erwerbseinkommen macht auf deutliche Unterschiede aufmerksam. Gut die Hälfte der Vollzeitbeschäftigten in Mecklenburg-Vorpommern erzielte 2013 ein Erwerbseinkommen, welches nicht mehr als 75% des Durchschnittseinkommens erreichte, im Bundesmittel waren es 26,5%. Nur ein gutes Viertel der Erwerbstätigen im „Land am Meer“ verdiente mehr als 100% vom Durchschnitt, in der gesamten

⁵ Die Daten zur beruflichen Arbeitsteilung beruhen auf einer Auswertung von Mikrozensus-Daten im Rahmen eines von der Rosa-Luxemburg-Stiftung geförderten Projekts: Sonja Weber-Menges: Berufliche Arbeitsteilung und Prekarisierung, Berlin 2014. (<http://www.rosalux.de/publication/40648/berufliche-arbeitsteilung-und-prekarisierung.html>) Zur Methodik und Analyse zuletzt: Michael Vester: Der deutsche Pfad. Schief lagen eines Erfolgsmodells; in: Bildung – Macht – Eliten. Festschrift für Michael Hartmann, Frankfurt/M. 2015, S. 233-267. Die Veröffentlichung der Zahlen für 2013 befindet sich in Vorbereitung.

⁶ Vergleiche zu den Veränderungen seit 1991 in der beruflichen Arbeitsteilung, den sozialen Klassen und möglichen Übersetzungen ins politische Feld: Horst Kahrs, Jenseits der Statistiken sozialer Ungleichheit; in: sozialismus, Heft 7-8/2016 (<http://www.horstkahrs.de/2016/08/02/verteilung-aus-der-mitte/>)

⁷ Datenbasis und Methodik: wie oben berufliche Arbeitsteilung Weber-Menges und Vester.

Bundesrepublik aber 50%. Die Lohndruckpolitik im Rahmen der Restrukturierung des deutschen Exportmodells durch die Agenda 2010 Politik führte zu einem dramatischen Einkommensverlust in der Einkommensklasse des „instabilen Wohlstandes“ und einem Abrutschen unter die 75%-Grenze. In Mecklenburg-Vorpommern wurde diese Einkommensklasse mehr als halbiert, die anschließende Entspannung fiel deutlich schwächer aus. Die Besetzung der beiden oberen Klassen stieg von 19,6% in 2007 auf 25,9% in 2013 (plus 6,3 Punkte; Bund: von 42,5% auf 50% um 7,5 Punkte), die Besetzung der beiden unteren Klassen verringerte sich von 58,9% auf 50,3% (minus 8,6 Punkte; Bund: von 33,2% auf 26,5%, minus 6,7 Punkte). Im Vergleich zum Jahr 2000 befanden sich im Bund statt 16,2% aller Vollzeitbeschäftigten 2013 nun 26,5% in den beiden unteren Einkommensklassen wieder (plus 10,3 Punkte), in Mecklenburg-Vorpommern statt 33,6% nun 50,3% (plus 16,7 Punkte).

Verteilung der Erwerbseinkommen von Vollzeitbeschäftigten						
in Relation zum arithmetischen Bundesdurchschnittseinkommen, in Prozent						
	2000		2007		2013	
	Bund	M-V	Bund	M-V	Bund	M-V
unter 50%	4,6	5,9	6,1	9,8	4,6	6,0
50-75%	11,6	27,7	27,1	49,1	21,9	44,3
75-100%	42,4	49,8	24,3	21,4	23,4	23,7
100-132%	26,5	12,5	28,9	15,8	32,6	19,2
über 132%	15,0	4,1	13,6	3,8	17,4	6,7

Quelle: Mikrozensus/Weber-Menges

Von diesen sozioökonomischen Daten führt keine Kausalkette zu einem bestimmten Wahlverhalten, wohl aber tragen sie dazu bei, eine bestimmte Sicht auf die Verhältnisse, in denen man sein Leben führt, und die damit verknüpften Perspektiven zu erklären⁸. Zum Beispiel die „bittere Bilanz“ von Bärbel Krotz (66) in Ahlbeck am Stettiner Haff: „Hier gibt es nichts mehr. Hier gibt es nur noch Frust. Und so sieht es fast überall aus. Wir haben so die Nase voll. Das kann man sich außerhalb gar nicht vorstellen. Die in Schwerin hatten ihre Chance. 25 Jahre hatten die Zeit. Jetzt sollen mal andere ran.“⁹

»Wahlberichte«

Die »Wahlberichte« sind ein Projekt von Benjamin-Immanuel Hoff und Horst Kahrs. Sie erscheinen seit der Europawahl 2004 in loser Folge zu Landtags-, Bundestags- oder Europawahlen. Die Autoren geben ihre persönliche Meinung wieder.

Ältere Ausgaben der Wahlberichte sowie weitere Texte zu Wahlen, Struktur und Entwicklung der Wähler/-innenschaft etc. finden sich u.a. hier: <http://www.benjamin-hoff.de>; <http://www.horstkahrs.de>; <https://www.rosalux.de/staatdemokratie/parteienwahlanalysen.html>

Verarbeitet werden Daten der Landeswahlleiter und der Wahlberichterstattung von ARD und ZDF, in der Regel entsprechend dem Stand von 22:00 bis 1:00 in der Wahlnacht.

⁸ Erste Überlegungen zu damit verbundenen „Umstellungen“ in den parteipolitischen Orientierungen finden sich hier: Horst Kahrs, Jenseits der Statistiken sozialer Ungleichheit; in: sozialismus, Heft 7-8/2016 (<http://www.horstkahrs.de/2016/08/02/vertreibung-aus-der-mitte/>)

⁹ Zitiert nach: Bernhard Honnigfort: Unwetterwarnung. Die Wahl in Mecklenburg-Vorpommern kann zum Tag der Abrechnung werden; Berliner Zeitung, 204, 31.08.2016, S.3